

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwim

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Mit einer wohl überlegten Intervention dem Morden in Ruanda ein schnelles Ende zu setzen, fordert **Hans-Günther Toetemeyer MdB**.

Seite 1

Die Verfassungsreform mit ihrem Streit zu blockieren, hält **Dr. Hans-Jochen Vogel MdB** den Koalitionsparteien vor.

Seite 2

### Dokumentation

Für den demokratischen Wechsel/Kernaussagen der Rede von **Rudolf Scharping** auf dem Parteitag in Halle.

Seite 3

49. Jahrgang / 117

22. Juni 1994

### Dem Morden ein schnelles Ende setzen!

In Ruanda ist eine Intervention erforderlich, die alle langfristigen Folgen bedenkt.

Von **Hans-Günther Toetemeyer MdB**  
Stellvertretender entwicklungspolitischer Sprecher und  
Vorsitzender des Gesprächskreises südliches Afrika der SPD-  
Bundestagsfraktion

Seit Monaten nehmen wir nun schon mit Bestürzung und Abscheu die schrecklichen Nachrichten und fürchterlichen Bilder aus dem vom Bürgerkrieg geschüttelten Ruanda nur zur Kenntnis. Eine dem Lande helfende Reaktion war jedoch lange nicht erkennbar.

Dabei ist es dringend notwendig, dem Morden und Kämpfen ein schnelles Ende zu bereiten. Nicht nur die augenblickliche Situation in diesem kleinen Land, sondern auch die Probleme, die der Bürgerkrieg nach sich ziehen und die in Kürze unlösbar sein werden, zwingen zum Handeln:

- Der Haß zwischen den Volksgruppen wird durch die menschlichen Tragödien immer unüberbrückbarer;
- der Bürgerkrieg destabilisiert auf Dauer die gesamte Region: 2,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht in die Nachbarländer;
- die ökologischen Folgen des Krieges für die Flüsse und den Viktoriasee sind furchtbar;
- die Felder in Ruanda werden nicht bewirtschaftet. Die Ernte in der gegenwärtigen Erntezeit wird nicht eingefahren: Eine Hungerkatastrophe in dem dichtbevölkerten Land ist damit vorprogrammiert.

Der Druck, den die französische Regierung durch das Androhen eines eigenständigen Eingreifens auszuüben versucht, ist die erste konkrete Reaktion eines europäischen Landes. Haben doch die "zahnlosen" UNO-Truppen bisher zu keiner Entspannung in Ruanda beitragen können. Gewarnt aber sei vor übereilem und unüberlegtem Handeln!

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Yemenilium Urstans  
als wertvoller Rohstoff  
Recycling-Papier



Das Eingreifen europäischer Staaten muß immer unter dem Gesichtspunkt bedacht werden, welche Folgen die Intervention in ein, zwei oder fünf Jahren hat und welches seine psychologische Wirkung ist. Wie sieht das Land aus, wenn die Truppen irgendwann abziehen und könnte das Eingreifen nicht als koloniale Intervention empfunden werden? Wäre es nicht besser, die Federführung eines solchen Eingreifens afrikanischen Staaten zu überlassen? Die WEU und die französische Armee könnten dann als logistische und taktische Berater im Hintergrund wirken und militärisches Gerät zur Verfügung stellen.

Ziel einer jeglichen Militärintervention muß zu allererst die Entwaffnung der Bürgerkriegsparteien und die Herstellung eines Waffenstillstandes sein, um weitere Massaker zu verhindern. Also: Erst nachdenken, dann handeln. Aber gehandelt werden muß, denn weiteres Zusehen macht mitschuldig.

(-/22. Juni 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Parteitaktisches Kalkül wichtiger als Grundrechte?** **Koalitionsstreit blockiert die Verfassungsreform**

**Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB**

**Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in der Gemeinsamen Verfassungskommission**

Die Koalitionsfraktionen streiten weiter über die noch offenen Fragen der Verfassungsreform. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe soll nun den Vorschlag ins Spiel gebracht haben, die Verfassungsreform in die nächste Legislaturperiode zu verschieben.

Falls nach diesen Äußerungen die Koalition tatsächlich die für nächsten Donnerstag im Reichstag zu Berlin angesetzte 2. und 3. Lesung blockieren sollte, bedeutete dies einen Eklat ohne gleichen. Durch Änderungen einmal vereinbarter Kompromisse und immer neue Verzögerungen wird so die Verfassungsreform scheibenweise zu Grabe getragen. Ehrlicher wäre, offen jede Verfassungsreform abzulehnen und den Auftrag aus dem Einigungsvertrag unerfüllt zu lassen.

Die Ausrede greift nicht, Verfassungsänderungen dürften nicht überzögert werden: Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat hat über zwei Jahre intensiv beraten; ihre Ergebnisse liegen seit Mitte letzten Jahres vor. Seit Anfang dieses Jahres liegen dem Bundestag auch die Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes vor.

Die Entscheidungsunfähigkeit der Koalitionsfraktionen hat schon zweimal zur Verschiebung der abschließenden Beratungen im Rechtsausschuß geführt. Die Aufkündigung föderaler Kompromisse mit den Ländern vergangene Woche hat die Reform ernsthaft gefährdet. Jetzt droht ihr das endgültige Aus. Die Koalitionsfraktionen müssen wissen, ob sie wirklich

- ein Staatsziel Umweltschutz
- die Frauenförderung und
- ein Benachteiligungsverbot für behinderte Menschen

parteitaktischem Kalkül opfern wollen.

Wegen des Diskriminierungsverbotes steht der Bundeskanzler auch persönlich im Wort, weil er den Behinderten öffentlich die Zustimmung zu dem entsprechenden sozialdemokratischen Antrag versprochen hat.

(-/22. Juni 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Für den demokratischen Wechsel**

**Kernaussagen der Rede von Rudolf Scharping auf dem Parteitag in Halle**

#### **I. Mut zur Klarheit anstelle von Verzagttheit**

Ich bin sicher: die große Mehrheit der Menschen im vereinten Deutschland will den Wechsel zu einer neuen Politik. Das geht nur mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung.

#### **II. Gemeinsame Verantwortung anstelle nationalistischer Parolen**

Es sind nicht nur wirtschaftliche, soziale und ökologische Argumente, die den Wechsel notwendig machen.

Die Substanz unserer Gesellschaft für ein menschliches Zusammenleben ist angegriffen. Das gesellschaftliche Klima hat sich verändert. Diese Bundesregierung hat Egoismus und Rücksichtslosigkeit nicht nur geduldet, sondern gefördert.

Das vereinte Deutschland braucht eine neue Politik. Die Politik braucht einen neuen Geist, damit wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammengeführt werden können, damit unser Land sicher in die Zukunft gehen kann.

Unsere Aufgabe ist es, aus der gesellschaftlichen Mehrheit eine politische Mehrheit zu machen.

Wir führen eine Reformdebatte, keine Koalitionsdebatte.

Wenn es so weitergeht, verkümmert Gemeinsinn, aus Konsens wird Konflikt, aus dem Sozialstaat eine Ellenbogengesellschaft.

#### **III. Der Wechsel kommt nicht von selbst, er muß erkämpft werden**

Nach dem enttäuschenden Ergebnis bei der Europawahl ist allen in der Sozialdemokratie klar, daß wir noch klarer und noch entschlossener kämpfen müssen, damit der Wechsel am 16. Oktober tatsächlich stattfinden kann. Mit hängendem Kopf kann man nicht nach vorne schauen.

Ich will meinen Beitrag leisten, den Weg zu ebnen in eine andere, eine bessere Zukunft unseres Landes:

- mit Hoffnung statt Zukunftsangst
- mit Mut statt Kleingeisterei
- mit Erneuerung statt Behäbigkeit
- mit Solidarität statt Ausgrenzung
- mit Innovation statt selbstgefälliger Illumination

Für den Wechsel müssen wir möglichst viele Menschen gewinnen. Wir wollen gewinnen. Ich setze nicht auf Platz, sondern auf Sieg.

#### **IV. Sicherheit und Fortschritt**

Wir wollen gewinnen, weil nur eine SPD-geführte Bundesregierung Sicherheit und Fortschritt für alle gewährleisten kann. Beides gehört zusammen. Ohne Fortschritt gibt es auf Dauer keine Sicherheit.

Global denken, lokal handeln - das ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern Leitmotiv unserer Innen- und Außenpolitik.

Ich bin sicher: Das banale Weiter-So, die 'Als-ob-Politik', dieses Kohlsche Konzept trägt nicht bis zum Oktober.

Kohl hat sich nicht getäuscht, er hat das Volk in Ost und West getäuscht. Was ich kritisiere, ist der Mißbrauch der Freude und der Hoffnungen, des Optimismus der Bürgerinnen und Bürger 1990 und heute. Ich kritisiere die Methode der Koalitionsparteien, sich durch Verschweigen das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu erschleichen.

Es ist gut, daß die Konjunktur Tritt faßt: Die Sozialdemokratie steht dafür, daß sich neuer Optimismus nach der Wahl nicht als Selbsttäuschung mit fatalen Folgen entpuppt. Ein Aufschwung für alle ist unser Ziel, nicht eine Entwicklung, die sinkende Beschäftigung hinnimmt, weiter die Staatsfinanzen zerrüttet, unabsehbar lange Massenarbeitslosigkeit duldet und weiteren sozialen Sprengstoff produziert.

Wir wollen den Aufschwung für alle. Wachstum ist die Grundlage. Die Ökologie, der Schutz von Umwelt und Natur, die Richtung.

#### **V. Solidarpaket für Beschäftigung, Innovation und umweltverträgliches Wachstum**

Wir wollen Schritt für Schritt die Arbeitslosigkeit abbauen, weil wir am Ziel der Beschäftigung für alle festhalten. Deshalb werden wir durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik dafür sorgen, daß der Aufschwung Arbeitsplätze sichert und neue Arbeit schafft. Wir wollen mit den Gewerkschaften, den Unternehmensverbänden und mit der Bundesbank in einem Solidarpaket den Weg in die Zukunft öffnen.

Wir werden die Steuerlast nicht erhöhen. Wir werden die Steuern und Abgaben dort senken, wo sie Wachstum und Beschäftigung im Wege stehen. Deshalb werden wir die Lohnnebenkosten verringern, weil das wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht ist.

Wir werden dafür sorgen, daß ab 1996 die verfassungswidrige Besteuerung des Existenzminimums aufhört. Wir wollen 250 DM Kindergeld für jedes Kind. Finanziert werden kann das durch Veränderungen beim Ehegattensplitting und durch die Streichung der ungerechten Freibeträge. Letzteres gilt übrigens auch für die Förderung des Wohnungsbaus.

Die Sozialdemokratie will diejenigen steuerlich fördern, die ins Risiko der Investitionen gehen, die Einkommen und Arbeitsplätze schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und so zu höherem und umweltgerechterem Wachstum beitragen. Wir fördern Investition und Innovation, denn an beidem fehlt es in Deutschland.

#### **VI. Ökologische Modernisierung erfordert Wechsel**

Die SPD will die grundlegende ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft - nicht in ferner Zukunft, sondern mit dem Wechsel in Bonn. Sie ist ein Eckpunkt unserer politischen Identität und unserer Programmatik für einen Regierungswechsel.

Wir vertreten keinen eindimensionalen Ansatz in der Ökologiepolitik. Wir wollen die ökologische Modernisierung unmittelbar mit den anderen Politikfeldern verzahnen und in unser Reformprojekt einbauen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Preise die ökologische Wahrheit sagen, in den Betrieben die ökologische Selbstregulierung gestärkt werden und der Staat eine effektive und zielorientierte Rahmensetzung schaffen.

Wir brauchen eine ökologische Steuerreform, die die Innovationskraft von Wirtschaft und Technik in Richtung auf Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung lenkt, die ökologischen Ziele fördert und schädliches Verhalten verteuert. Dieser Umbau des Steuersystems muß langfristig und verlässlich angelegt sein.

#### **VII. Energie mit Zukunft**

Die SPD will eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft. Der Ausstieg aus der nuklearen Energienutzung ist für sich schon Grund genug für einen Regierungswechsel. Wir wollen stattdessen Effizienzsteigerung, rationelle Energieverwendung und vor allem durch die Förderung der Solarenergie eine Energiewende herbeiführen. Wir können uns die Technikfeindlichkeit gegenüber erneuerbaren Energien nicht mehr länger leisten.

Auch in der Verkehrspolitik brauchen wir die Wende hin zur Umweltverträglichkeit. Verkehrsvermeidung und die Förderung öffentlicher Verkehrssysteme gehören ebenso dazu wie die technologische Weiterentwicklung des Autos. Es muß doch zu schaffen sein, in wenigen Jahren das Drei-Liter-Auto auf die Straßen zu bringen.

Weil Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen gedacht werden müssen, ist die Vorstellung grotesk, daß wir einer anderen Partei die Kompetenz in Umweltfragen überlassen und wir uns auf die ökonomischen und sozialen Fragen beschränken.

#### **VIII. Wechsel für Innovation**

Wir müssen die Kraft aufbringen, die Bedingungen für die Neugründung von Unternehmen an vielen verschiedenen Stellen unserer Gesetzgebung zu verändern. Deutschland darf nicht versteinern. Wir brauchen eine neue Gründerzeit.

Ohne geistige Mobilität und ohne technische Innovation werden wir die Zukunft nicht gewinnen. Die Forderung nach mehr Beweglichkeit und Innovation richtet sich an alle. Auch an uns und auch an die Gewerkschaften, aber sie richtet sich genauso an das Bankensystem und an manche Unternehmen und nicht zuletzt an den Staat. Es reicht nicht von Innovation zu reden, es geht darum, Innovation zu organisieren.

Innovation ist kein Selbstzweck.

Wir wollen den Menschen nicht als Objekt der Innovation, sondern als verantwortliches Subjekt, das mitarbeiten will, das arbeiten kann und das auch jenseits der Arbeit sinnvoll leben kann. Das Leben ist mehr als Erwerbsarbeit.

Wir sind auch heute diejenigen, die dafür sorgen, daß die Menschen sich lebenslang weiterbilden können. Voraussetzung dafür ist eine qualifizierte Erstausbildung für alle Jugendlichen. Dafür stehe ich ein.

#### **IX. Macht für Reformen**

Wer morgen sicher leben will, hat Willy Brandt gesagt, muß heute für Reformen kämpfen. Das gilt heute, unter ganz anderen Bedingungen, genauso wie 1972.

Wir setzen gegen die konservative Restauration eine Politik der Reformen und suchen dafür breite Bündnisse mit allen Gruppen unserer Gesellschaft. Morgen kann besser sein als heute, wenn wir unsere Kraft und unseren Ideenreichtum auf diese Aufgabe konzentrieren.

Das Bedürfnis nach Wechsel ist Antrieb jeden Fortschritts und demokratischer Kultur. Und dieses Bedürfnis haben viele, hat die Mehrheit in unserem Land, gleich ob Handwerker oder Unternehmer, ob Arbeiter oder Angestellte.

Wir Sozialdemokraten sind erneut gefordert, eine 'Zukunft mit Zukunft' zu gestalten. Wir sind bereit, dafür die Verantwortung zu übernehmen.

Wir wollen gestalten, wir wollen Reformen:

- um die großen Chancen zu nutzen, die auch unsere Zeit bietet,
- um die Gefahren abzuwenden, die noch immer verdrängt werden,
- trotz hoher Massenarbeitslosigkeit,
- der anhaltenden Naturzerstörung,
- oder des bedrohlichen Rechtsextremismus.

Arbeit für alle - soziale Gerechtigkeit - Schutz von Natur und Umwelt. Das ist der Dreiklang unserer Reformpolitik.

Deutschland muß dafür solidarisch seine Kräfte bündeln. Das ist unsere Alternative zu Anpassung und Mutlosigkeit, zu Schönfärberei und Blendwerk. Wir rufen zu einer Politik sozialer und ökologischer Reformen auf, die wir gemeinsam mit möglichst vielen gestalten wollen. Es ist Zeit für den Wechsel.

Wir versprechen nicht, daß wir ab Oktober sofort alle Probleme umfassend lösen werden, aber wir versprechen, daß wir der Gesellschaft wieder Mut geben, den Zusammenhalt stärken und die Politik für Reformen öffnen.

Der Sozialstaat ist nicht der "Lazarettwagen" der Gesellschaft, sondern ein Auftrag aus unserem Grundgesetz. Der Sozialstaat muß neu gefestigt werden. Diese Aufgabe stellt sich heute in einem noch umfassenderen Sinn: In unserer Gesellschaft muß nicht nur der soziale Gemeinsinn neu gefestigt werden, es muß die ökologische Verantwortung hinzukommen. Das ist das, was ich den doppelten Solidarvertrag nenne. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung sind nicht zwei unterschiedliche, voneinander getrennte Aufgaben. Sie sind vielmehr eng verbunden.

#### **X. Der Wechsel entscheidet die Richtung**

Die Bundestagswahl am 16. Oktober ist eine Richtungsentscheidung. Es geht darum, ob sich Verdrossenheit, Entsolidarisierung und Verantwortungslosigkeit sich weiter wie Mähtau ausbreiten oder ob die reale Chance zu einem Wechsel genutzt wird, um zu Vernunft und Toleranz zurückzukehren.

Mit Sorge sehe ich, sehen wir alle, daß in Europa rechtsextreme und nationalistische Kräfte an Boden gewinnen. Deshalb brauchen wir eine starke Sozialdemokratie als Bollwerk gegen Nationalismus und Rechtsextremismus.

#### **XI. Für Frieden und Partnerschaft**

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird ein kostbares Erbe zu bewahren und wie ihren Augapfel zu hüten haben: die von den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt geprägte sozialdemokratische Friedenspolitik. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik wird in jedem ihrer Schritte erkennbar Friedenspolitik sein. Und das andere ist: Friedenspolitik fängt immer zu Hause an. Unser Umgang mit Ausländern ist ein Maßstab dafür, wie ernst es uns mit unserer Vorstellung von Deutschland als einem guten und zuverlässigen Nachbarn ist.

Wir sind die klassische deutsche Europa-Partei und werden es bleiben. Wir wissen, daß unsere Zukunft in Europa liegt. Wir wollen dieses Europa demokratisch, sozial, wirtschaftlich stark und einig.

Wir wollen unseren östlichen Nachbarn eine realistische Perspektive des Beitritts eröffnen.

Wir halten fest an der atlantischen Partnerschaft. Für uns steht die NATO ebensowenig zur Disposition wie die Bundeswehr. Das ändert nichts daran, daß wir zäh an der Verwirklichung unseres Zieles arbeiten werden, in Europa ein System kollektiver Sicherheit zu schaffen, das den Frieden erhält und dabei mit weniger Rüstung auskommt.

Die deutsche Außenpolitik darf die globalen Risiken nicht ausblenden. Sie muß ein Vorreiter sein für Menschenrechte, Demokratie und Gerechtigkeit in der ganzen Welt. Nur eine Politik der Partnerschaft und eines fairen Interessenausgleichs zwischen Nord und Süd bietet uns die Chance, die tiefe Kluft zwischen Arm und Reich auf der Welt zu überwinden.

Waffen sind dafür das untauglichste Mittel. Wir werden dafür eintreten, daß Rüstungsexporte zurückgedrängt werden und bei uns damit anfangen.

Wir wollen ein einiges Deutschland, wirtschaftlich stark, ökologisch konsequent und seiner Verpflichtung in Europa und in der Welt bewußt.

Denn es geht um unser Land.

(-/22. Juni 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*